

Dresdner Volkszeitung

Postkonton: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto:
Gebr. Arnold, Dresden
und Südf. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Mitte und Dresden-Alstadt

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn in der 49. Woche vom 1. Dezember bis 7. Dezember 1 Million M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 210 Millionen M., Einzelnummer 200 Millionen M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10, Tel. 25 261
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr
Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10, Tel. 25 261
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreis: die 29 mm breite Nonpareilzeile 30 Pf., die 90 mm breite Neillamzeile 150 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 und 200 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefüberlegung 10 Pf.

Nr. 280

Dresden, Montag den 3. Dezember 1923

34. Jahrg.

Die Dresdner Ergebnisse

Der sächsische Landespartei tag ist programmäßig verlaufen, wenn man darunter einen Ablauf versteht, wie er in allen wesentlichen Zügen vorausgesehen war. Das Referat der Genossin Sender war bei aller Schärfe der Kritik von einer erfreulichen Sachlichkeit. Eine Ueberraschung gab es für die Versammelten, als der Vertreter des Parteivorstandes, Genosse Dittmann, auf das Referat berichtete mit der Begründung, daß er in wichtigen Fragen, wie der Koalitionsfrage, auf dem oppositionellen Standpunkt der Genossin Sender stehe. Bürgerliche Blätter wissen nicht nur zu melden, daß Jilferding als Vertreter der Parteileitung erschienen war, sondern auch daß und was er redete. So berichten die Dresdner Nachrichten:

Von Berlin war der frühere Reichschatzminister Dr. Jilferding erschienen, der die Ansicht des Parteiaussschusses vertrat, daß ein Zusammenarbeiten mit den Kommunisten praktisch unmöglich sei, andererseits aber die Sozialdemokratie allein nicht stark genug erscheine, um sich im Reich allein durchzusetzen, so daß sie sich an eine andere Partei anschließen müsse. Hieraus ergebe sich, daß auch in den Ländern eine ähnliche Politik verfolgt werden müsse.

Hier haben bürgerliche Berichterstatter nicht nur das Gras wachsen, sondern auch einen Redner sprechen hören, der gar nicht erschienen war. Jilferding, der zum Korreferenten ausersehen war, hat in Wirklichkeit von der Reise nach Dresden absehen müssen. Da Dittmann nicht als Korreferent figurieren wollte, sah sich die Versammlung genötigt, den Genossen Krätzig um das Korreferat zu erwidern. In der folgenden Debatte wurde denn auch deutlich zum Ausdruck gebracht, daß es für den Angehörigen des Parteivorstandes noch andere Dinge zu vertreten galt als die große Koalition, und daß gerade uns Sachsen an dem Verhalten des Parteivorstandes in den politischen Wellengängen der letzten Zeit vieles unverständlich geblieben sei.

Der zweite Tag begann mit dem Referat des Genossen Krätzig über die Landespolitik und dem Bericht des Genossen Müller, Leipzig, über die Tätigkeit der Landtagsfraktion. Genosse Krätzig behandelte das Verhältnis des Reiches zu Sachsen und die Art, wie die sächsische Regierung nach dem Ultimatum des Stresemann-Kabinetts zustande kam. In der Debatte sollte Liebmann eine Notwendigkeit nach: er legte sich kurz aber herabhaft mit den Kommunisten auseinander, ohne dabei zu vergeffen, daß die Entwicklung uns und die Kommunisten immer wieder Seite an Seite zwingen.

Die wichtigste Entscheidung des Tages war die Annahme der Resolution zur Regierungsfrage. Die Entscheidung erklärt das gegenwärtige Kabinett als das in dieser Situation gebundene und bekennt sich im übrigen zu dem in unsern Reihen unbestrittenen Gedanken, daß es für uns gilt, die sozialdemokratisch-kommunistische Wehrheit immer wieder in die Bahndale der Entscheidung zu werfen. In der Debatte hatte schon vorher Genosse Zellisch in einer nachdrücklichen und wirkungsvollen Rede die Situation erläutert, die das Ministerkabinett als einzigen Ausweg aus der Situation erscheinen ließ. Eine Koalition mit bürgerlichen Parteien könne man das neue Kabinett auf keinen Fall nennen. Noch weniger ist es eine Regierung, die Sachsen etwa aus den Händen der Reaktion empfangt. Es entstand als ein Ausdruck der Laftade, daß in einem kritischen Momente die Sozialdemokratie die Verantwortung allein tragen mußte. Das Zusammengehen mit den Kommunisten scheiterte an kommunistischen Sonderparolen, denen wir auf keinen Fall nachgeben konnten. Gegen eine Koalition mit den Demokraten steht die Laftade, daß sie ohne stillschweigende Duldung durch die kapitalistische Volkspartei nicht zu denkbar ist. Unter solchen Umständen bleibt für uns zunächst keine andere Lösung, als mit wechselnden Wehrheiten zu regieren. Ein Zustand, der im parlamentarischen Leben anderer deutscher Einzelstaaten oft hervorgetreten ist. Diese reinsozialdemokratische Ministerregierung kann natürlich rasch einmal vor Klappen stehen. In solchen Fällen sollen künftig die Landesparteileitung und ein Fünftel der Fraktion gemeinsam über die Frage der parlamentarischen Taktik entscheiden.

Die Zahl der Resolutionen war im Laufe der Debatte beträchtlich angewachsen, so daß gegen den Abend hin eine Raschheit der Erledigung nötig war, die auf Kosten eingehender Besprechungen ging. Einer Demonstration kam es gleich, als der Landespartei tag sich mit einer scharfen Resolution gegen den Versuch des Parteiaussschusses wandte, die Meinungsfreiheit in der Partei zu droffeln. Der Parteiaussschuh hat sich bekanntlich eine Entscheidung geleistet, in der er, besonders Organe mit besonderen politischen Tendenzen" sozusagen auf den Index setzt. Er hat damit alle guten Traditionen der Partei verleugnet. Bei den nicht an die scharfen revisionistischen Klämsse, die im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts unsere Partei durchlebten! Welche scharfe Klänge wurden damals gestreut! Wie entschieden nahmen gewisse Zeitkritiken — die Sozialistischen Monatshefte oder Heinrich Brauns „Gesellschaft" den Kampf in Anspruch, grundsätzlich nur einer Gruppe, einer Richtung zu dienen. Jeder wäre ausgelacht worden, der damals versucht hätte, solche Organe zu verbieten.

Vielleicht sagt uns der Parteiaussschuh auch gelegentlich, was er unter dem Organ mit besonderer Tendenz versteht. Fremdwörterbücher definieren Tendenz als Richtlinie und eine Tendenz ist eben eine Tendenz, das heißt ohnehin: etwas vom Allgemeinen abweichendes Besonderes. Parteiaussschuh und Parteivorstand blieb es vorbehalten, besondere Tendenzen zu erfinden. Vielleicht hat er unter einem solchen Organ die Revikorrepondenz verstanden, die, wie jede Zeit-

schrift und manche Parteikorrepondenz, für jedes Parteiblatt und jede Parteigruppe zu beziehen ist. Oder hat er an die Parteivorstands-Korrepondenz gedacht, die ja auch ein besonderes Organ mit der besonderen und durchaus nicht leichten Tendenz ist, die an der Parteivorstandspolitik unverständlichste Dinge verständlich zu machen? In jedem Fall, zu welcher Definition sich der Parteiaussschuh auch eines Tages vor dem Parteitag verstehen wird, muß sich die gesamte Partei dafür bedanken, zu einer politischen Kinderstube degradiert zu werden, in der gute Parteiväter bestimmen, was geschrieben, was gedruckt und was gelesen werden darf. Gätte der Parteiaussschuh gefordert, die Richtungskämpfe innerhalb der Partei in die Geboten der Sachlichkeit und Ehrlichkeit geführt werden, wir hätten ihm sehr gern beigegeben.

Die Annahme dieser Anti-Maßnahmenresolution war gleichzeitig eine Rundgebung für die Einheit und Geschlossenheit der Partei, deren demokratische Voraussetzung die Meinungsfreiheit ist. Möge dieser Wille zur Einigkeit allen unsern Debatten treu bleiben.

Der Landespartei tag

Dresden, 1. Dezember.

Vor überfüllten Tribünen wurde nachmittags 5 Uhr der außerordentliche Landespartei tag der S. S. D. Sachsen eröffnet. Deren waren 10 Mitglieder des Landes-Arbeits-Ausschusses, 18 Mitglieder der Bezirksvorstände, 2 Mitglieder des Parteivorstandes, 4 Mitglieder der Reichstagsfraktion, 3 Mitglieder der Landtagsfraktion, 3 Mitglieder des Gewerkschafts-Ausschusses und 66 Delegierte.

Genosse Krätzig ließ die Delegierten auf das herzlichste willkommen und sprach dem Genossen Eggert für seine langjährige, aufopfernde Tätigkeit in der Partei den herzlichsten Dank aus. Wir leben in einer Zeit äußerster politischer Spannung. Wir müssen ruhig und sachlich über die bestehenden Meinungsverschiedenheiten diskutieren. Sobald wir nicht persönlich werden, wird es uns möglich sein, die Dinge zu bereinigen. Parteien streben nicht daran, daß Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind, sondern an mangelnder Entschlußkraft. Unsere Politik kann nur getragen sein von dem Verständnis der breitesten Massen. Selbstverständlich kann es Situationen geben, wo auch die Führer eine Politik wahren, die die Massen nicht verstehen, aber dann muß der Erfolg für diese Politik sprechen. Wenn wir von dem Gedanken befreit sind, reiflos der sozialistischen Idee zu dienen, dann wird der Parteitag für den einzelnen Genossen eine Quelle der Entschlußkraft sein.

Als Vorsitzende mit gleichen Rechten werden die Genossen Krätzig und Wedel gewählt; als Schriftführer die Genossen Jahn, Juidau, Allermann, Chemnitz, Frenzel, Lemzig und Bach, Dipplodiswade. In die Mandatsprüfungskommission werden die Genossen Sängelford, Dresden, Böhmke, Leipzig, Lieb, Chemnitz, und Kirbach, Juidau, gewählt.

Sobann referierte Genossin Reichstagsabgordnete

Loni Sender über die Reichspolitik

Alle Landesfragen werden in erheblichem Maße von der Reichspolitik beeinflusst. Der proletarische Politiker hat die Pflicht, die Interessen seiner Klasse im Auge zu behalten, die Macht seiner Klasse zu steigern. Das ist nicht geschehen beim Rathenaukabinett. Damals hat man das Proletariat aufgerufen, und es ist dem Ruf gefolgt. In Kewenig ist man aber nicht gekommen, wie es notwendig gewesen wäre. Es kam das Kabinett Cuno, das Kabinett der Nichterfüllung, das durch die Sozialdemokratie gebildet wurde. Dann der Kuhlmann, Aufgabe der Sozialdemokratie mußte es nun sein, nationale Verzerrungen zu verhindern. Sie hand aber von Anfang an in gemeinsamer Front mit den schlimmsten Imperialisten und hat nicht den Mut gefunden, den Kuhlmann in einem Augenblick abzugeben, wo wir noch etwas zu bieten hatten. Man wollte sich nicht einmal eine Dolchstoßlegende aufladen. Mindestens mußte der Versuch gemacht werden, den Kampf auf der Höhe abzugeben. Schließlich hat man die Dolchstoßlegende doch auf sich genommen, ohne damit dem Proletariat einen Nutzen zu bringen. In der Politik der Partei schloß jede klare Linie.

Die Fraktion hat zweifellos dem Ruf der Klasse Folge geleistet, als sie die Regierung Cuno stürzte, aber es war nicht mehr der Willensausdruck der Klasse, als die Fraktion die große Koalition einging. Nach kurzer Arbeit im Kabinett Stresemann forderte Dr. Schulz einen Wechsel im Finanzministerium, die Verlängerung der Arbeitszeit, die Diktatur durch ein Ermächtigungsgesetz und eine Erweiterung nach rechts. Die Fraktion hat diesen Forderungen nachgegeben. Jilferding wurde fallen gelassen, einer Normulierung des Arbeitszeitgesetzes wurde zugestimmt, die eine Verlängerung der Arbeitszeit bedeutete. Die zweite Koalition Stresemann war ein Zeichen der Schwäche unserer Partei, ein Zurückweichen vor dem offenen Kompromiß. Ist damit die Aufgabe des proletarischen Politikers, die Nachterweiterung seiner Klasse anzustreben, erfüllt? Wollte man nur solche Kämpfe beginnen, deren Ergebnisse vorher bestimmt werden, dann werde man nie zu Kämpfen kommen.

Die Ursachen der Wirtschaftskrise liegen nicht am Achtundentag, sondern in dem ungeheuren Währungsverfall. Die besitzende Klasse hat aus zweifachen Gründen auf die Inflation hingearbeitet. Einmal um sich selbst davon zu bereichern, und dann, um das Proletariat kampfunfähig zu machen. Jetzt ist

Deutschland das teuerste Land der Welt

geworden. Wir haben doppelte und dreifache Grundpreise zu bezahlen. Trotz niedrigen Löhnen, die höchstens 50 Prozent der Friedensparität erreichen, haben wir Preise über Weltmarkt, die 300 Prozent weit überschreiten. Daraus erkennen wir die politischen Ziele der Bourgeoisie.

Die Weimarer Verträge, die Folgen des Ermächtigungsgesetzes, die Aufhebung der §§ 12 bis 15 der Stilllegungsverordnung, die Verschlechterung der Arbeitslosenfürsorge und der Krankenversicherung, das Rentenabbaugesetz und andere wirtschaftliche Verschlechterungen.

Was hat uns die Regierung Stresemann gebracht: die Verhängung des Belagerungszustandes, um angeblich gegen Bayern vorzugehen zu können, die Finanzkontrolle durch die Rentenbank, Zeitungssperre der sozialistischen Presse, die Reichsexekutive gegen Sachsen und Thüringen. Der Antrag der Fraktionsmehrheit auf Aufhebung des Belagerungszustandes wurde dreimal in der Fraktion abgelehnt. Mit Hilfe des Belagerungszustandes wurde die verfassungsmäßige Regierung in Sachsen abgesetzt, Verwaltungs-

Gehversuch der Marxregierung

Das neue Reichskabinett Marx hat am gestrigen Sonntag sein „Regierungsprogramm" festgelegt, das nach Berliner Meldungen das gleiche sein soll wie das des Kabinetts Stresemann Nr. 3. Die Kancelerklärung in der Reichstagsfraktion am Dienstag werde nur kurz sein. Eine amtliche Meldung besagt:

Das Reichskabinett hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, dem Reichstag in seiner ersten Sitzung Dienstag den 4. Dezember ein Ermächtigungsgesetz vorzulegen, durch das die Regierung die Vollmachten erhält, um Maßnahmen zu treffen, die im Hinblick auf die Not des Volkes und des Reichs notwendig sind und bringen sind. Die Geltungsbauer des Gesetzes, das sich als ein ausgesprochenes Notgesetz charakterisiert, soll auf kurze Zeit beschränkt werden.

Für ein Ermächtigungsgesetz, das Verfassungsrechte aufhebt oder ändert, ist eine Zweidrittelmehrheit im Reichstage erforderlich. Eine solche Mehrheit können die Regierungsparteien, Zentrum, Demokraten, Deutsche Volkspartei und Bayerische Volkspartei, nicht allein aufbringen. Das Kabinett will sich, so behaupten weitere Nachrichten, der Gefahr einer Niederlage nicht aussetzen, weshalb es einen Weg sucht, das Ermächtigungsgesetz nur auf das Recht zu solchen Verordnungen zu beschränken, die die Verfassungsbestimmungen nicht aufheben, sondern lediglich „ergänzen". Für ein solches Ermächtigungsgesetz würde eine einfache Mehrheit genügen. Ob eine derartige verfassungswidrliche Seiltanzerei gelingen wird, muß sich zeigen. Jedenfalls dürften einer derartig nach rechts neigenden Regierung keine verfassungsbeschränkenden Rechte in die Hände gegeben werden. Die Sozialdemokratie wird im Gegenteil die Befestigung des Ausnahmezustandes als wichtigste Forderung zu erheben haben. Soffentlich werden im Reichstage alle Mittel angewendet, um das Kabinett Marx zur offenen Darlegung seines politischen Charakters zu zwingen. Klare Sicht ist erstes Erfordernis.

Repto und Währungsreform

Nach dem Scheitern der englischen und amerikanischen Pläne auf Untersuchung der deutschen Zahlungsfähigkeit hat England dem Diktum des Herrn Boincard doch nachgegeben und will nun zustimmen, daß die Lage Deutschlands durch Ausschüsse der Repto geprüft werde. Die amtliche Pariser Rundgebung besagt:

Die Reparationskommission hat in ihrer letzten Sitzung einstimmig folgende Resolution angenommen, die der französische Delegierte vorgelesen hat: Um gemäß den Bestimmungen des Artikels 237 des Versailler Vertrages die Hilfsquellen sowie die Zahlungsfähigkeit Deutschlands abzuschätzen, nachdem den Vertretern dieses Landes nach Billigkeit die Gelegenheit gegeben wurde, sich auszudrücken, bezieht die Reparationskommission, zwei Sachverständigenausschüsse einzusetzen, in denen die alliierten und assoziierten Länder vertreten sein sollen. Einer der beiden Ausschüsse wird beauftragt, die Mittel ausfindig zu machen, die ergriffen werden müssen, um die deutsche Währung zu stabilisieren. Der andre Ausschuh soll die Mittel ausfindig machen, das aus Deutschland ausgeführte Kapital abzuschätzen und wieder nach Deutschland zurückzuführen.

Nach einer weiteren Pariser Meldung erklärte der Vertreter Englands, Bradburn: Die Beschlüsse der Repto stellen eine Einladung an Amerika dar. Ohne die Mitwirkung Amerikas werde die Arbeit der beiden Unterausschüsse zwecklos sein. Nach Meinung Bradburns werde der erste Unterausschuh je zwei Sachverständige der alliierten und assoziierten Mächte, d. h. also auch Amerikas, umfassen. Der zweite Ausschuh je einen.

Amerika hat in der Repto nur einen Beobachtungsposten. Dielem Herrn Logan hat die amerikanische Regierung mitgeteilt, daß sie nicht bereit ist, an einer so eingeschränkten Untersuchung teilzunehmen. Sie wünscht nach wie vor eine freie umfassende Prüfung durch besondere Organe. Sie werde höchstens in den Unterausschuh einen Beobachtungsposten entsenden.

Ob deutsche Vertreter zu den Ausschüssen herangezogen werden, steht noch dahin. Aufgabe der deutschen Reichsregierung ist es nun, alle Vorbereitungen zu treffen, daß die Untersuchungsausschüsse das notwendige, umfassende, klare und richtige Material unterbreitet bekommen. Da die Reptobeschlüsse einstimmig gefaßt worden sind, ist auch die volle Beteiligung Englands und Italiens sichergestellt. Die Ausschüsse können somit von entscheidender Bedeutung sein. Nach wie vor muß gefordert werden, daß nun endlich das gesamte Reparationsproblem geprüft werde und endgültige Vereinbarungen zustandekommen.